Nachrichtendienstes die Armee nicht nur unter zusätzlichen Legitimationsdruck gesetzt, sondern das "Definitionsmonopol" der Armee in Sachen Bedrohung und Sicherheit noch erfolgreicher aufgebrochen haben. Die Prioritäten in der Sicherheitspolitik dürften zunehmend von den gesellschaftlichen Kräften bzw. politischen Behörden und weniger von den militärischen Sachverständigen definiert werden.

Es liegt in der Natur der Sache, daß es in einer Demokratie im militärischen Bereich Zielkonflikte gibt wie jenen zwischen Geheimhaltung und offener Kritik und politischer Kontrolle. Es liegt in der Natur der Schweizer und Schweizerinnen, daß sie mit Widersprüchen zwischen nationaler Identität und internationaler Wirklichkeit Mühe haben. Sogar die armeefreundliche "Neue Zürcher Zeitung" mußte eingestehen, daß zur Zeit des Kalten Krieges die schweizerische Gegenwehr "im Kern berechtigt" war, ihre Methoden jedoch "manchmal zweifelhaft" waren (24./25. 11. 1990). Daß diese Zeit des Kalten Krieges vorbei ist, werden auch die nationalkonservativen Schweizer mit der Zeit noch wahrnehmen.

Grenzfall?

Könnte ein Krieg am Golf gerecht sein?

Unter welchen Bedingungen ließe sich ein militärisches Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak moralisch rechtfertigen? Wäre ein Krieg am Persischen Golf zur Rückeroberung des besetzten Kuweit nach den Prinzipien und Kriterien der christlichen Friedensethik überhaupt zu legitimieren? Diese Fragen stellen sich seit Beginn der jüngsten Nahostkrise Anfang August vor allem den Kirchen in den militärisch direkt involvierten westlichen Demokratien, besonders in den Vereinigten Staaten, die den Löwenanteil des militärischen Potentials am Golf stellen, aber auch

in Großbritannien und Frankreich. Die amerikanischen Bischöfe diskutierten bei ihrer Vollversammlung Mitte November intensiv über den Golfkonflikt und legten ihre Position in Schreiben an Präsident George Bush und Außenminister James Baker dar. Die katholischen Bischöfe von England und Wales erarbeiteten eine Stellungnahme zur Golfkrise, die am ersten Adventssonntag in den Gottesdiensten verlesen wurde.

In den frühen achtziger Jahren wurden die Kirchen in Westeuropa und Nordamerika vor allem von den Risiken und Paradoxien der nuklearen Abschreckung umgetrieben. Es war die Zeit der sowjetischen Auf- und der westlichen Nachrüstung im atomaren Mittelstreckenbereich. Dementsprechend konzentrierten sich die Friedenshirtenbriefe der verschiedenen Episkopate denn auch auf die moralische Bewertung des nuklearen Abschreckungssystems. Die nukleare Abschreckung besteht weiter, hat aber durch das neue Verhältnis der Kooperation zwischen den beiden atomaren Supermächten USA und Sowjetunion einen anderen, weniger bedrängenden Stellenwert erhalten. Damit schieben sich auch für die ethische Urteilsbildung in den Kirchen wieder stärker "normale" Kriegsszenarios unterhalb der Schwelle des nuklearen Schlagabtauschs in den Vordergrund.

Weder die amerikanischen noch die deutschen Bischöfe machten sich in ihren Friedenshirtenbriefen von 1983 (vgl. HK, Juni 1983, 255 ff.) eine radikale pazifistische Position zu eigen. In beiden Fällen wurde vielmehr festgehalten, daß es in Grenzfällen einen legitimen Einsatz militärischer Mittel zu Verteidigungszwecken geben könne. Der amerikanische Hirtenbrief griff dabei ausführlich auf die traditionelle Lehre vom "gerechten Krieg" zurück, der es ja nicht um eine vorschnelle Legitimierung, sondern gerade um die moralische Eingrenzung von Kriegsgründen ("ius in bellum") und von Mitteln der Kriegführung ("ius in bello") zu tun ist. In diesem Sinn führen die amerikanischen Bischöfe die einzelnen Kriterien der Lehre vom gerechten Krieg jetzt auch in ihrem Brief an Außenminister Baker an: Gibt es

für einen Militäreinsatz am Golf einen gerechten Grund, und liegt die rechte Absicht vor? Wäre er wirklich letztes Mittel, und hätte er Aussicht auf Erfolg? Wäre die notwendige Verhältnismäßigkeit der Mittel im Blick auf den angezielten Zweck gewahrt?

Beim Versuch einer Wertung der Situation nach diesen Kriterien wiegen derzeit die Gründe gegen einen Militäreinsatz am Golf zweifellos schwerer als die Gründe dafür: Zwar liegt ein klarer Fall von Aggression vor, den die Staatengemeinschaft nicht hinnehmen kann. Außerdem ist der Einsatz militärischer Mittel aufgrund eines Mandats der Vereinten Nationen anders zu bewerten als das eigenmächtige Vorgehen einer Großmacht. Aber bisher ist nicht klar, welche Ziele ein Militäreinsatz gegen den Irak letztlich haben würde oder sollte: Befreiung Kuweits, Zerstörung des irakischen Militärpotentials, Sicherung der Ölversorgung, Stabilisierung der politischen Gesamtsituation im Nahen Osten. Nicht alle diese Ziele sind in gleicher Weise legitim bzw. hinreichende Rechtfertigung für einen Krieg. Es ist auch unsicher, ob sie durch ein militärisches Vorgehen überhaupt erreicht werden können. Vor allem ist aber angesichts der vorhandenen militärischen Potentiale und der labilen Lage der Region das Risiko einer massiven Eskalation mit unübersehbaren Folgen sehr hoch.

Es ist daher nur zu verständlich, wenn die Kirchen in ihren Stellungnahmen sehr nachdrücklich zur Ausschöpfung aller friedlichen Lösungsmöglichkeiten aufrufen und nicht vorschnell Rechtfertigungsgründe für einen Militäreinsatz absegnen. Der Brief der amerikanischen Bischöfe an Außenminister Baker spricht von dem "Imperativ, eine friedliche Lösung der Krise zu suchen und legitime Ziele mit gewaltfreien diplomatischen Mitteln zu verfolgen". Allerdings zeigt sich gerade beim Golfkonflikt, daß die Prinzipien christlicher Friedensethik im konkreten Einzelfall nur von begrenztem Nutzen sind. Das moralische Urteil läßt sich nicht aus abstrakten Grundsätzen allein ableiten, sondern unterliegt der Güterabwägung unter Berücksichtigung aller Umstände.